



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Pressemitteilung: Wohnen ist die soziale Krise
Nummer 1 für Studierende

18.09.25

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Tjark-Hagen Kandulski
Tabea Herbst
Jo Dietze
Katharina Rummenhölter

Nach heute veröffentlichten Zahlen des Moses-Mendelsohn-Instituts steigt der durchschnittliche Preis für eine Wohnung oder ein WG-Zimmer für Studierende zu Beginn des Wintersemesters 2025/26 auf 505 €. Nur in 18 von 88 untersuchten Städten finden sich überhaupt noch vereinzelte Zimmer im Rahmen der BAföG-Wohnkostenpauschale.

fzs Vorstandsmitglied Tjark Kandulski erklärt:

"Wohnen ist für Studierende die größte soziale Krise unserer Zeit. Wenn ein durchschnittliches Zimmer weder innerhalb der BAföG-Pauschale, noch innerhalb der Düsseldorfer Tabelle zu haben ist, dann ist sorgenfreies Studieren nur noch für besonders Wohlhabende möglich. Damit ist der gleichberechtigte Zugang zu Bildung in der Bundesrepublik in Gefahr. Die anstehende BAföG Novelle muss die Misswirtschaft in der Wohnungspolitik auffangen und die Wohnkostenpauschale auf ein realistisches Niveau heben. Wir fordern daher, dass die Pauschale an die Vergleichsmiete im jeweiligen Wohnort der Studierenden angepasst wird."

Katharina Rummenhölter, ebenfalls fzs Vorstandsmitglied, betont ***"Wir wissen, dass immer höhere Wohnkostenzuschüsse nur Symptombekämpfung sind. Die Bundesregierung muss deshalb endlich Maßnahmen umsetzen, um die explodierten Mietpreise einzufangen. Die Mietpreisbremse muss sofort überarbeitet werden. Schlupflöcher wie z.B. für möblierte Wohnungen treffen Studierende überproportional. Wir brauchen ein Instrument, das Mietpreise nicht nur bremst, sondern senkt. Zu lange wurde das Geschäft mit dem Grundbedürfnis Wohnen zu wenig reguliert."***

Hintergrund:

Der fzs fordert als Sofortmaßnahme kostendeckende, ortsangepasste Wohnkostenzuschüsse im BAföG, sowie ein für Studierende geöffnetes Wohngeld in ausreichender Höhe.

Mittelfristig lässt sich das Problem nur in den Griff kriegen, wenn die Wohnsituation in den Universitätsstädten an den Bedarf angepasst wird. Das bedeutet nicht nur die Senkung von Quadratmeterpreisen, sondern auch das Wohnungen gezielt auf das Konzept WG ausgerichtet werden. Während Häuserblöcke voller Luxuswohnungen leer stehen, die mit BAföG unbezahlbar sind, sehen sich Studierende teilweise gezwungen, sich als Paar auszugeben um überhaupt zu Besichtigungen eingeladen zu werden. Darüber hinaus müssen kostengünstige gemeinnützige Wohnheimplätzen in zentraler Lage ausgebaut werden.